

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

1.3.1930 (No. 52)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: C. W. M. M. B.

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM. ... Einzelnummer 10 Pf. ...

Amtlicher Teil

Kranzniederlegung

Heidelberg, 28. Februar.

Aus Anlaß des Todestages des Reichspräsidenten Ebert hat Freitag vormittag der Landrat von Heidelberg im Auftrag der badischen Staatsregierung an dessen Grab einen Kranz niedergelegt.

Aufnahme von Verwaltungs- und Büroanwärtern

Im Rechnungsjahr 1930 findet eine Aufnahme von Anwärtern für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Staatsverwaltung (Verwaltungsanwärter) mangels Bedarfs nicht statt; dagegen wird eine geringe Zahl von Anwärtern für den einfachen mittleren Bürodienst (Büroanwärter) aufgenommen.

Der Vorbereitungsdienst für Büroanwärter dauert 3 Jahre.

Die Aufnahmeprüfung sind in der Zeit vom 22. bis 26. April 1930 durch Vermittlung des Bezirksamts, in dessen Bezirk der Bewerber seinen Wohnsitz hat, beim Ministerium einzureichen.

Nähere Auskunft über die Aufnahmebedingungen sowie über die den Aufnahmeprüfungen beizulegenden Nachweisungen erteilen die Bezirksämter.

Aufgenommen werden nur Bewerber mit guten Schul- und sonstigen Zeugnissen.

Finanzfragen und Reichskabinett

Am das Notopfer

Zu der Freitagssitzung des Reichskabinetts wurde die Besprechung über die Einnahmeseite des Haushalts fortgesetzt. Da über eine Reihe von Punkten eine Einigung nicht erzielt wurde, werden die Beratungen am Montagvormittag fortgesetzt.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand wieder das Notopfer. Sozialdemokraten und Zentrum haben sich über diese Frage geeinigt, und zwar in der alten Form einer Belastung der privaten Festangestellten von 8400 Reichsmark Jahreseinkommen an aufwärts und aller Beamten. Die Deutsche Volkspartei soll sich bis Montag endgültig darüber entscheiden, ob sie den Vorschlag mitmachen will.

Auf sozialdemokratischer Seite erklärt man dazu, mit dem Notopfer, das an sich schon wegen der einseitigen Belastung der Gehaltsempfänger unter Freilassung der Selbständigen großen Bedenken begegnet, wäre freilich der Geldbedarf der Arbeitslosenversicherung zu bedenken; es wäre damit aber nicht der Ausgleich geschaffen, den die Sozialdemokraten als unerschließlich ansehen, um die Anspannung der Verbrauchssteuern auf 300 Millionen tragbar zu machen.

Benzin und Benzol

Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, wird die Erhöhung des Benzinsolles, die zu den Maßnahmen des Molkenhauerschen Deckungsprogramms für den Etat 1930 gehört, 8 bis 4, wahrscheinlich aber 8% Reichspfennige betragen. Benzol war bisher durch keinen Einfuhrzoll belastet. Daher soll jetzt ein Zoll von 10 Reichspfennig pro Liter eingeführt werden.

Die Regulierung des Rheins oberhalb des Bodensees. Der schweizerische Bundesrat hat für das Bauprogramm für die internationale Rheinregulierung vom Bodensee rheinaufwärts für das Jahr 1930 einen Betrag von 539 500 Franken vorgeschlagen.

Ratifizierung des Abkommens über die BZB. Das von den beiden schweizerischen Parlamenten genehmigte Abkommen über die Schaffung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich ist vom Bundesrat ratifiziert worden, so daß die Ratifikationsurkunde demnächst nach Paris übermittelt werden kann.

Letzte Nachrichten

Der Reichspräsident und das Notopfer

Empfang von Dr. Brüning und Dr. Scholz. Berlin, 1. März (Priv.-Tel.) Die wir erfahren, hat der Reichspräsident heute vormittag den Vorstehenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Dr. Brüning, empfangen. Im Anschluß daran ist der Besuch des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, vorgezogen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident sich, ähnlich wie in der vergangenen Woche, über den Youngplan, jetzt über die Aufstellungen der Parteien zu den Deckungsfragen unterrichten will.

Hauszinssteuer und Wohnungsbau

Wohnungsausschuß des Reichstages

Reichstag, 13. März. (Tel.) Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde der Einspruch des Reichsrats gegen den Beschluß des Reichstages behandelt, der darin liegt, daß die Rückflüsse der Hauszinssteuerdarlehen in vollem Umfange und schließlich nur für die Förderung des Wohnungsbauvertrages verwendet werden dürfen. Der Reichsrat begründete seinen Einspruch damit, daß dieser Reichstagsbeschluß in die Verwendung von Mitteln einer Steuer eingreife, die den Ländern zustehe, und über die das Reich nur die Rahmengesetzgebung habe.

Ministerialrat Weitz (Reichsarbeitsministerium) erklärte es auf die Dauer für unmöglich, daß die Entlohnung des Wohnungsbauvertrages dadurch beunruhigt wird, daß die für den Wohnungsbau gesetzlich vorgesehenen Mittel auch noch in Gefahr gebracht werden, ihrer Bestimmung entzogen zu werden. Die auf Grund der dritten Steuernotverordnung aufgenommenen Beträge sollten durch dieses Gesetz für den Wohnungsbau sichergestellt werden. Gerade die schwierigen Verhältnisse der sonstigen Baufinanzierung im Jahre 1930 machen es notwendig, auch im Interesse des Bauarbeiters eine Gewähr dafür zu schaffen, daß die Hauszinssteuerbeträge wenigstens noch dauernd für den Wohnungsbau verwendet werden.

Die Flucht aus Rußland

Uebertritt weißrussischer Bauern nach Polen

Warschau, 1. März (Priv.-Tel.) Ein Teil der polnischen Presse bringt Alarmnachrichten über massenhafte Grenzüberschreitungen weißrussischer Bauern aus Sowjetrußland nach Polen. Die Bauern flüchten aus ihrer Heimat wegen der von den Sowjetbehörden durchgeführten Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Grenzüberwachungen seien auf das dreifache verstärkt worden, um Grenzüberschreitungen zu verhindern. Wer bei einem solchen Versuch ergriffen werde, würde von den Sowjetbehörden unbarbarisch niedergeschossen.

In Polen rechnet man damit, daß die Zahl der Flüchtlinge weiter ansteigen werde. In polnischen Regierungskreisen wird angefochten der schweren Wirtschaftslage der Polen entgegen, ein Konzentrationslager für die Flüchtlinge zu schaffen. Überdies soll auch die Kommissionskommission für diese politischen Flüchtlinge interessiert werden.

Die Wohnortverhältnisse der Grenzgebiete sind übrigens von der Regierung angefragt worden, Delegationen an die Grenze zu entsenden, um genauere Informationen einzuziehen.

Grenzübertritt einer Abteilung der Roten Armee

Warschau, 1. März (Tel.) Wie „Gyresz Poranny“ meldet, hat gestern nacht bei Luminiec eine aus 20 Soldaten bestehende Abteilung der Sowjetgrenzwache unter der Führung ihres Kommandanten die Grenze überschritten und sich beim polnischen Polizeikommando in Luminiec gemeldet; die russischen Soldaten erklärten dort, daß sie sich schon seit längerer Zeit mit der Absicht getragen hätten, die Reihen der Roten Armee zu verlassen. Die Soldaten würden in Sowjetrußland völlig ungenügend ernährt. Überdies hätte man sie neuerdings gegen die Bauern geführt, die sich gegen die Entlohnungen verteidigten wollten. Da die Soldaten daraufhin zum Teil den Gehorsam verweigerten und nicht gegen die Bauern kämpfen wollten, habe man die Disziplin beizubehalten, daß sie zu Sklaven herabgewürdigt würden.

Der Kuomintang gegen Denkschan

London, 1. März. (Tel.) Nach einer Meldung der „Times“ beginnt heute in Hanking die dritte Vollversammlung des Kuomintang. Dabei wird u. a. die Haltung erörtert werden, die Denkschan gegenüber der Regierung einnimmt. Man erwartet, daß, wenn er weiterhin die Befehle der Regierung unberücksichtigt läßt, der Beschluß gefaßt werden wird, eine Strafexpedition gegen ihn zu entsenden.

* Zur politischen Lage

Die politische Situation in Berlin ist noch grade so krisenhaft wie am Ende der vorigen Woche. Und wenn es noch einer besonderen Tatsache bedürft hätte, um das Krisenhafte des ganzen Zustandes zu kennzeichnen, so hätte die gestrige Abstimmung in den Ausschüssen über die Young-Gesetze diese Tatsache geliefert. Die Young-Gesetze sind, weil Zentrum und Bayerische Volkspartei sich der Stimme enthielten, mit einer recht geringen Mehrheit angenommen worden. Die Vertreter der Rechtsparteien haben dem Sprecher der Zentrumsfraktion, als er die Stimmhaltung seiner Fraktion begründete, demonstrativ Beifall geklatscht.

Man braucht sich über die Stellungnahme des Zentrums nicht weiter zu verwundern. Die Partei drängt nach wie vor darauf, daß Young-Gesetze und Reichsfinanzreform zusammen erledigt werden. Die gestrige Stimmhaltung sollte von neuem diesen Wunsch unterstreichen. Wie aus den Worten Dr. Brünings, des Fraktionsführers, hervorging, rechnet das Zentrum auch jetzt noch damit, daß die Reichsfinanzreform vor der dritten Lesung der Young-Gesetze unter Dach und Fach gebracht wird. Geschieht das, dann wird das Zentrum für die Young-Gesetze eintreten. Jedenfalls sollen die anderen Koalitionsparteien wissen, daß es die Krisis heraufbeschwören heißt, wenn man die Young-Gesetze ohne die gleichzeitige Erledigung der Reichsfinanzreform zu verabschieden versucht.

In der Frage der Reichsfinanzreform selbst ist man auch nicht um ein Stückchen vorwärts gekommen. Die Vorschläge, die der Reichsfinanzminister dem Kabinett zu unterbreiten hatte, bedeuteten gewiß einen erheblichen Fortschritt. Inzwischen hatte sich aber die Sozialdemokratie auf die Idee des „Notopfers“ verstreut. Und auch die dem Zentrum angehörenden Kabinettsmitglieder scheinen geneigt zu sein, einer solchen Forderung zuzustimmen, wenn das Notopfer sinngemäß verteilt wird. Die Deutsche Volkspartei und der Reichsfinanzminister lehnen jedoch das „Notopfer“ ab.

Sie sind der Ansicht, daß man auch auf anderem Wege zum Ziele kommen könne. Und sie sind weiterhin der Ansicht, daß dieses „Notopfer“, das ja schließlich doch nur eine neue Belastung für den Mittelstand mit sich bringen würde, allen programmatischen Entschlüssen der letzten Zeit zuwiderläuft; die Grundtendenz aller dieser programmatischen Entschlüsse sei ja gerade die Entlastung des Mittelstandes gewesen. Die Deutsche Volkspartei glaubt eine neue Belastung vor ihren Wählern nicht verantworten zu können.

Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das sich nur sehr schwer lösen lassen. Denn auf der einen Seite läßt sich natürlich auch das Argument, daß für die übermäßig in Anspruch genommene Arbeitslosenversicherung diejenigen Festangestellten, die im Besitz einer leidlich sicheren Stellung sind, mit einem kleinen Bruchteil ihres Einkommens einzuspringen hätten, sehr wohl hören. Wir haben neulich an dieser Stelle den Vorschlag gemacht, wenn man schon zu einem neuen Opfer greifen will, dies in Form einer Zwangsanleihe zu tun, welche den Sparbetrieben von neuem belebt, den betreffenden Festangestellten zunächst allerdings eine gewisse Summe entzieht, diese Summe aber doch für später rückzahlbar macht.

Schließlich wird ja in den Debatten über diese Frage noch ein anderer Vorschlag erörtert, und das ist der Vorschlag, das „Notopfer“ auf die Kategorien von Gehalt- und Lohnempfängern zu legen, die erweislich mehr als 150 Proz. des für ihre Berufskategorie vorgeschriebenen Lohns der Vorkriegszeit erhalten. Alle die Schichten, die heute einen Lohn oder Gehalt empfangen, der dem Lebenshaltungsindex von 150 Proz. entspricht oder sich darunter bewegt, kann eigentlich eine neue Belastung nicht zugemutet werden. Dagegen könnten nach dieser dritten Auffassung sehr wohl diejenigen Schichten, die 200 oder mehr Prozent der Vorkriegsentlohnung beziehen, von diesem Plus etwas abgeben. Eine solche Methode hätte, wenn sie sich praktisch durchführen läßt, nach der Meinung ihrer Verfechter den Vorzug wahrer sozialer Gerechtigkeit für sich.

Daß bei all den Erörterungen Phantasiagehälter, die über eine gewisse Grenze hinausgehen, auszuscheiden haben, versteht sich von selbst. Solche Gehälter sind an sich natürlich ein Unfug. Doch sind sie im ganzen so gering,

Mit der Beilage: 26. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

das ihre Kürzungen zusammen im Effekt wenig ausmachen würden.

Erfreulich an den Vorschlägen Dr. Wolbenhauers ist für die Länder das eine, daß der Reichsfinanzminister offenbar ehrlich bestrebt ist, aus der Reichsfinanzreform so viel herauszuholen, daß die dringendsten Ansprüche der Länder befriedigt werden können. Diese Ansprüche waren seiner Zeit auf etwa 200 Millionen angegeben worden. Nach dem Reformplan Wolbenhauers würde man etwa 170 Millionen für die Länder aufbringen können. Immer vorausgesetzt, daß die Steuern auch die erwarteten Erträge liefern.

Und da sind die Ausichten sehr vorsichtig zu beurteilen. Ziehen wir einmal ein paar Zahlen heran! Die Gesellschaftsteuer war für 1928 auf 80 Millionen geschätzt worden; der wirkliche Ertrag war 69 Millionen Reichsmark. Bei der Wertpapiersteuer war er 13,8 Millionen statt 30 Millionen, bei der Börseumsatzsteuer 48,15 Millionen statt 85 Millionen. Für 1929 war die Gesellschaftsteuer auf 72 Millionen veranschlagt worden; der tatsächliche Gesamteingang wird auf rund 48 Millionen geschätzt. Bei der Wertpapiersteuer sind gegenüber einem Voranschlag von 20 Millionen nur 16 Millionen zu erwarten. Und bei der Börseumsatzsteuer wird das Jahr 1929 statt 72 etwa 34 Millionen Reichsmark bringen. Und so, wie hier geschildert, ist es auf allen Gebieten.

In Preußen hat es in den letzten Tagen eine große Überraschung gegeben, der preussische Minister des Innern, der Sozialdemokrat Herr Grzesinski, ist von seinem Amt zurückgetreten, und Ministerpräsident Braun hat den bisherigen Oberpräsidenten Waentig zum preussischen Minister des Innern ernannt. Rücktritt und Ernennung sind völlig überraschend erfolgt. Allerdings hatte die Person des Herrn Grzesinski schon in der ganzen letzten Zeit zu einigen Diskussionen Anlaß gegeben, Diskussionen, die natürlich an den großen Verdiensten des Innenministers um die preussische Verwaltung und ihre Republikanisierung nichts ändern.

In Frankreich bildet jetzt Tardieu von neuem ein Kabinett. Es ist sehr vernünftig, daß er sich dabei Zeit läßt. Und erfreulich ist es für ihn, daß er bei seinen Bemühungen von der Autorität Poincarés unterstützt wird. Die Regierungskrise in Frankreich hat sich also im Kreise bewegt; der in der vorigen Woche gestürzte Minister Tardieu kehrt jetzt als Ministerpräsident wieder. Die Flottenkonferenz in London kommt nach wie vor nicht vom Fleck. Man richtet sich heute schon auf eine Verhandlung der Beratungen ein.

Rücktritt Lloyd Georges als Parteiführer

W.D. London, 1. März. (Tel.). „Daily News“ meldet, es bestehe Grund zu der Annahme, daß Lloyd George infolge der Ereignisse im Parlament am Donnerstag sein Rücktrittsgesuch als Führer der Liberalen Partei einzureichen beabsichtige. Der Hauptkritiker der Partei, Sir Robert Hutchison, gedente ebenfalls zurückzutreten. Führende Liberale sprechen von einer ernsthaften Krise, „im Lager der liberalen parlamentarischen Partei“ infolge der Ablehnung des liberalen Abänderungsantrags zur Kohlenvorlage am Donnerstagabend. Vier Liberale stimmten bekanntlich mit der Regierung gegen ihre eigene Partei, während sich acht Liberale der Stimme enthielten. Die Mehrheit der Partei soll darauf bestehen, daß Loyalität gegenüber den Parteibeschlüssen gefordert wird.

Die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz zur Handelspolitik und das Gutachten des Reichswirtschaftsrates dazu sind jetzt dem Reichstag und gleichzeitig auch dem Reichsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt worden.

Der Hopfenzoll. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei verlangen in einem im Reichstag eingebrachten Antrag baldige Verhandlungen mit Belgien und Frankreich mit dem Ziele, die bestehenden Zollbindungen für Hopfen zu beseitigen.

Badisches Landestheater Fastnachtstabarett

Auch diesmal hat das Fastnachtstabarett seine große Anziehungskraft ausgeübt. Wie es heißt, ist das Haus für alle sechs Vorstellungen ausverkauft. Das Karlsruher Publikum hat sich an diese Fastnachtstabarett gewöhnt. Und man darf nach dem Besuch des gestrigen Abends auch ruhig sagen, daß die Darbietungen dem Geschmack der übergroßen Mehrheit des Publikums durchaus entgegenkommen. Ob sie alle wirklich geschmackvoll sind, das ist eine andere Frage.

Unter allen Umständen muß man es anerkennen, daß in bezug auf Ausstattung alles gegeben ist, um auch vermehrte Ansprüche zu befriedigen. Das große Erlebnis des diesjährigen Fastnachtstabarett sind die tänzerischen Leistungen von Fräulein Emma Ladner. Sie verleihen dem ganzen Abend einen besonders intensiven und besonders feinen Reiz. Und die andere große Säule ist Herr Hermann Brand, ohne den man sich ein solches Fastnachtstabarett schon gar nicht mehr vorstellen kann. Eine eingehende Besprechung wird am Montag von unserem zuständigen Rezensionisten veröffentlicht werden.

Vom Volksschauspiel Etzheim. Die Plakatarbeiten haben begonnen. Da das neue Drama „Andreas Hofer“ in der Hauptrolle breite Volks- und Massenfiguren aufweisen wird, und die internen Szenen fast vollkommen verschwinden, wird die seit der „Passion“ bestehende Vorbühne entfernt. Mit diesem Umbau ist gleichzeitig eine Veränderung des Orchestertraumes notwendig. Der Entwurf für das Bühnenbild der Mittelbühne ist ebenfalls fertig. Kaulische Veränderungen wird es kaum geben; die Veränderung wird hauptsächlich darin bestehen, die vom „Tell“ her bestehende Blende umzumalen und in einzelnen Formen zu verändern.

Soemerings 100. Geburtstag. Am kommenden Sonntag, dem 2. März, werden es 100 Jahre her sein, daß Samuel Thomas von Soemerings, der Erfinder des elektrischen Telegraphen, in Frankfurt a. M. wo er die letzten zehn Jahre seines Lebens verbrachte, gestorben ist. Das Grab Soemerings befindet sich auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Zum Gedächtnis des 100. Todestages von Soemerings, ohne dessen Erfindung die Telegrafie nicht ihren Siegeslauf über W. von Siemens und Morse hätte nehmen können, beabsichtigt die Stadt Frankfurt a. M. eine stille Ehrung. Sie wird am Grab eine Lorbeerkrone mit einer Schleife in den Frankfurter Farben niederlegen lassen.

Aus dem Reichstag

Verlängerung der Mieterschutzgesetze bis 1931 — Der Nachtragsset an den Ausschuss

Im Reichstage wurde am Freitag die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes in dritter Beratung endgültig beschlossen. Im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die die Geltungsdauer der bestehenden Mieterschutzgesetze bis zum 30. Juni 1932 verlängert hätte, will der Ausschussantrag, wie schon gemeldet, die Gesetze schon am 30. Juli 1931 außer Kraft setzen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten waren mit dieser Fristverlängerung nicht einverstanden und beantragten, die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Das wurde jedoch mit 168 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Umgekehrt wollten die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei schon am 30. September 1930 den Mieterschutz in seiner jetzigen Form aufheben lassen. Dieser Antrag, für den auch die Deutsche Volkspartei stimmte, wurde mit 250 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Der Ausschussantrag wurde schließlich in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die Verlängerung der bestehenden Gesetze soll aber, wie von mehreren Rednern betont wurde, der Regierung Zeit gewähren, eine gründliche Reform des bestehenden Wohnungsrechts vorzubereiten. Dem Wohnungsausschuss wurde ein Antrag der Deutschnationalen überwiegen, wonach die Mieterschutzgesetze nicht Anwendung finden sollen auf solche Mietverträge, die für freigeordnete oder freiverwendende Räume nach dem 1. April 1930 abgeschlossen wurden.

Nachdem ohne Aussprache das internationale Sanitätsabkommen in dritter Beratung endgültig genehmigt war, kam der Nachtragsset für 1929 zur ersten Beratung. Die Regierung und die Regierungsparteien behielten sich ihre Äußerungen dazu für den Ausschuss vor. Scharfe kritische Bemerkungen machten nur die Redner der Deutschnationalen und Kommunisten. Dann ging der Nachtragsset an den Haushaltsausschuss. In Verbindung damit wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschuss eine Regierungsvorlage überwiegen, die Branntweinsteuererlässe verweigert, um dadurch den Verbrauch von Monopolspiritus zu heben.

Bis zum nächsten Donnerstag pausiert das Reichstagsplenum. Man nennt das spöttisch „Fischingspause“. Am Donnerstag, den 6. März, um 3 Uhr, soll dann die zweite Beratung der Young-Gesetze beginnen.

Frankreich gegen den Zollwaffenstillstand Kritische Wendung in Genf

Die Zollfriedenskonferenz ist Donnerstagabend infolge einer französischen Erklärung, die der Delegierte Serruys in einem Unterkomitee über die Frage des Zollwaffenstillstandes abgab, in Gefahr geraten. Serruys teilte mit, daß Frankreich sich einer Konvention für einen Waffenstillstand im Zollkrieg nicht anschließen könne und andere Maßnahmen, die wahrscheinlich in der Richtung einer Stabilisierung des Handelsvertragsystems liegen.

Die französische Ablehnung des Zollwaffenstillstandes, die entschieden eine noch größere Überraschung darstellt, als die grundsätzliche Opposition Italiens in der vorigen Woche, führte noch abends zu einer Zusammenkunft der Mitglieder des Präsidialbüros der Konferenz mit den anwesenden Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes. Der Unter-ausschuss soll die Arbeiten für einige Tage unterbrechen. Inzwischen soll in Privatgesprächen nach einem Ausweg aus der Sackgasse gesucht werden.

W.D. Paris, 1. März. (Tel.). Die Erklärung des französischen Vertreters auf der Zollfriedenskonferenz, Serruys, wird von beiden sozialistischen Blättern, „Populaire“ und „Peuple“, scharf verurteilt. „Populaire“ spricht von einem wahren Skandal, da solche Erklärungen die französische Zollpolitik lahmlegen in dem Augenblick, in dem in Paris nur eine geschäftsführende Regierung am Aude sei. „Peuple“ will berichten können, Serruys sei von Handelsminister Bonnet nach Paris zurückgerufen worden. Man müsse allerdings bezweifeln, ob diese Maßnahme das Unheil wiedergutmachen würde.

Kommerzienrat Sentel †. In Nengsdorf bei Neuwied verstarb heute, Samstag, früh, kurz vor 7 Uhr, in seinem Landhaus nach kurzer schwerer Krankheit der Gründer und Seneschef der Firma Sentel & Co. (Düsseldorf). Kommerzienrat Fritz Sentel. Im Alter von nahezu 82 Jahren folgte er seinem am 5. Januar d. J. verstorbenen Sohne Fritz im Tode nach.

Kardinal Merry del Val †. Kardinal Merry del Val, der unter Papst Pius X 1903 bis 1914 das Amt des Staatssekretärs innehatte, ist am Mittwoch in Rom während einer Operation gestorben, der er sich infolge einer plötzlich aufgetretenen Blinddarmentzündung hatte unterziehen müssen. Kardinal Merry del Val stand im 65. Lebensjahre.

Fleischlose Tage in Moskau. In Moskau sind 10 fleischlose Tage im Monat eingeführt worden. An diesen Tagen wird kein Fleisch verkauft und es werden keinerlei Fleischspeisen verabfolgt.

Das große Los. W.D. Berlin, 1. März. (Priv.-Tel.). Heute vormittag wurde das große Los der Staatlichen Lotterie gezogen. Es fiel auf die Nummer 217 188. Das Los wird in der Abteilung I in Jena gepielt, während die Abteilung II eine Lotteriekollette in Bremen vergeben hat.

In Stuttgart starb dieser Tage Fabrikant Ernst Hugen-dubel. Er war ein erfindereicher Geist, der viele Neuheiten schuf, die ihm als Patente im In- und Auslande geschützt wurden, und von denen der Stochschem die größte Bedeutung bekam. Durch den Stochschem wurde sein Name auf der ganzen Welt bekannt, und der Grund zu einer Großschemfabrik war gelegt.

Der Verwaltungsinспекtor Witt in Bremerhaven wurde verhaftet, weil er die Stadtgemeinde um 25 000 M betrogen hatte. Auch der Stadtaufwähler Witte wurde wegen Betrugs verhaftet. Ferner wurden zwei leitende Beamte einer Wesermünder Baufirma verhaftet.

Der Schriftsteller Dr. Friedrich Koch-Walwa, der in Berlin-Staaten flohen lernte, ist bei einer Landung in der Nähe von Wittenberg tödlich verunglückt. Er hatte bereits alle Prüfungen hinter sich und sollte seinen letzten Überlandflug unternehmen.

Zur Ausreise der Berliner „Tanzmädchen“ nach Argentinien wurde von der internationalen Aristokratie dem Berliner argentinischen Konsulat erklärt, daß sie eine Erteilung der Einreiseerlaubnis für Argentinien nicht befristet werden könnten. Die Mädchen würden in Buenos Aires lediglich als Anwärterinnen in einem zweifelhaften Lotal angestellt. Die Hamburger Polizei hat nun umfangreiche Nachforschungen nach den inzwischen verschwundenen Mädchen angestellt. Bei den in Frage kommenden deutschen Redereien befindet sich die Mädchen-gruppe nicht auf der Passagierliste.

Aus den Ländern

Erregte Youngplandebatte im bayerischen Landtag

Das Plenum des Bayerischen Landtags begann am Freitag die Beratung der nationalsozialistischen Entwürfe und der von den Koalitionsparteien beantragten Entschließung über den Youngplan und das Haager Abkommen.

Als der Berichterstatter, der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Buttman, die Protokolle über die Ausschusshandlungen zu verlesen begann, unterbrach der Präsident den Berichterstatter mit dem Hinweis, daß es nicht üblich sei, die stenographischen Berichte abzulesen. Darauf kam es von den nationalsozialistischen Abgeordneten Wagner einen zweimaligen Ordnungsruf einbrachten. Als der Abgeordnete Wagner sich neuerdings in erregten Zitrusen erging, schloß ihn der Präsident von der Sitzung aus. Unter Protestrufen kam der Abgeordnete der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nach. Im Laufe der Rede Dr. Buttman hatte sich der Saal immer mehr geleert. Die Bayerische Volkspartei und der Dauernbund brachten einen Antrag auf Vertagung der Sitzung ein. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten angenommen. Das Haus wird sich mit den Anträgen betreffend das Saager Abkommen erst wieder am 11. März beschäftigen. In der Zwischenzeit dürfte die Entscheidung im Reichstag bereits gefallen sein.

Rücktritt des preussischen Innenministers

Der preussische Minister des Innern, der Sozialdemokrat Grzesinski, ist am Freitag unerwartet zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Dr. Waentig, ernannt. Dr. Waentig ist sozialdemokratischer Abgeordneter des Preussischen Landtags.

Die „Germania“ sieht die Gründe für den Rücktritt in der Kritik an der Amtstätigkeit des Ministers, die auch aus den Reihen der Regierungsparteien heraus geübt worden sei. Insbesondere habe das unzulängliche Eingreifen der Religionsverbände durch die Staatsverwaltung die Zentrumsfraktion zu einem scharfen Protest veranlaßt. Die „D.M.Z.“ nennt die Erklärung Grzesinski durch Dr. Waentig eine Konjession, die Braun und Heilmann an den Koalitionsgedanken gemacht hätten. Der „Vorwärts“ erklärt, daß es sich um keinerlei politische, sondern lediglich um persönliche Gründe handelt. Zu der Straftat Grzesinski habe in erster Linie die persönlichen Gegebenheiten beigetragen, denen der Minister in letzter Zeit ausgesetzt war. In dieser Beziehung richtet der „Vorwärts“ die schwersten Vorwürfe gegen den Senatspräsidenten am Oberverwaltungsgericht, Grünauer, der ebenfalls der Sozialdemokratischen Partei angehört. Dieser hatte bereits am 3. Februar an den Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, das über das Privatleben Grzesinski, der seit einem Jahrzehnt von seiner Frau getrennt lebt, Bescheid führt. Die sozialdemokratische Fraktion habe jedoch dem Innenminister einstimmig Dank und Vertrauen ausgesprochen und beim Parteivorstand den Antrag gestellt, Grünauer aus der Partei auszuschließen.

Beteiligung Württembergs an der Stuttgarter Straßenbahn.

Der Finanzausschuss des Württembergischen Landtags hat die Regierung ermächtigt, mit der Stadt Stuttgart in Verhandlungen über eine Beteiligung des Staates an der Stuttgarter Straßenbahn-A.G. einzutreten, um der Gesellschaft zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der weiteren Umgebung von Stuttgart neue Mittel zuzuführen. Geplant ist eine Beteiligung von 4 Mill. Reichsmark, so daß nach einer entsprechenden Kapitalerhöhung der Gesellschaft von zur Zeit 11,9 Mill. auf 15,9 Mill. der Staat davon etwa 25 Proz. im Besitz hätte, während die Mehrheit der Stadt auf rund 60 Proz. zurückginge.

Beginn des Leuna-Prozesses

Der sogenannte Leuna-Prozess gegen den des Betruges und anderer Delikte angeklagten Malermeister Schönfeld, Leizsig, und neun Mitangeklagte hat in Halle (Saale) begonnen. In der gestrigen Sitzung beschaffte man sich ausschließlich mit der Technik der Abrechnung bei den für die Leuna-Werke geleisteten Arbeiten. Die Angeklagten haben die vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen Geständnisse größtenteils zurückgezogen und erklären, daß sie unter dem Einfluß der Haft falsche Selbstbeschuldigungen aufgestellt hätten. In der für heute bevorstehenden Vernehmung über die Vorgeschichte der Straftaten soll, wie es heißt, auch der bekannte mitteldeutsche Kommunistenputsch eine Rolle spielen. Es wird angenommen, daß der Prozess etwa 5 Monate in Anspruch nehmen wird.

Badischer Teil

Badische Historische Kommission

Unter dem Vorsitz des Vorstandes, Geh. Rat Professor Dr. Zinke aus Freiburg, trat heute, Samstag, vormittag, im Generallandesarchiv zu Karlsruhe die 42. Plenarversammlung der Badischen Historischen Kommission zusammen. An ihr nahmen teil 13 ordentliche und 4 außerordentliche Mitglieder sowie als Regierungsvertreter Oberregierungsrat Dr. Hal vom Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Badischer Landtag Im Haushaltsausschuss

wurde am Freitag die Beratung des Haushaltsplans fortgesetzt. Eine längere Aussprache über den Zustand der Klinikbauten in Heidelberg führte zu der Anregung, daß man zu deren Entlastung die Anstalt Hirsau heranziehen möge, was nach Angabe des Ministers nicht ohne große Kosten möglich ist. Über den Fortschritt des Baues der Kliniken in Freiburg gab der Minister beruhigende Erklärungen ab. Die Regierung sagte Prüfung des von volksparteilicher Seite angeregten und auch von den anderen Parteien unterstützten Verlangens zu, an der Karlsruher Technischen Hochschule einen Lehrstuhl für theoretische Physik zu errichten. Diese Angelegenheit ist schon im Hinblick auf die Konkurrenz Stuttgarts dringend. Die Gelder der Schürman-Stiftung müssen nach einer Erklärung der Regierung im Einverständnis mit dem Stifter durch den Staatsvoranschlag laufen, da eine andere Regelung nicht möglich sei.

Eine längere Aussprache knüpfte sich an die Theaterfrage. Der Minister erklärte, daß die Regierung den Weg der Zusammenarbeit der badischen benachbarten Theater als eine Ersparnismöglichkeit betrachte, aber bei den Nachbarkräften, abgesehen von Baden-Baden, wenig Gegenliebe finde. Neffen der Karlsruher Bühne nach Freiburg und Straßburg seien sehr erfolgreich gewesen, aber auch sehr teuer. Die Regierung werde weiter durch Sparmaßnahmen versuchen, das Theater zu halten. Dann vertagte sich der Ausschuss auf Dienstag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr.

Ersparnisse im Aufwand für die Höheren Lehranstalten

Der in der Presse auszugswweise mitgeteilte sog. Sparerlass des Herrn Ministers Dr. Kemmle an die Direktionen der Höheren Lehranstalten hat folgenden Wortlaut:

Die außerordentlich ungünstige Finanzlage zwingt zu erheblichen Einschränkungen auf jedem Gebiet der Staatsverwaltung. Sowohl der sachliche wie der persönliche Aufwand muß innerhalb der bestehenden Bestimmungen durchweg auf das äußerste verringert werden.

Nach den Berichten der Direktionen werden auf Ostern 1930 infolge des erhöhten Zugangs von Volksschülern in die höheren Schulen rund 60 neue Klassen erforderlich. Es muß versucht werden, mit den vorhandenen Lehrkräften auszukommen. Um dies Ziel zu erreichen, werden auf Ostern 1930 folgende Maßnahmen zur Durchführung gebracht:

1. Klassenbildung.

- Aufgaben sind alle Parallelklassen, deren Schüler unter strenger Beachtung der Bestimmung über die Klassenstärke auf die übrigen Parallelklassen verteilt werden können; auch in O. L.
- Zu vermeiden sind Klassenstellungen, wenn es sich nur um geringe Überschreitungen der in § 6 der Schulordnung festgelegten Klassenstärke handelt.
- In Städten mit Schulen der gleichen Gattung ist die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Anstalten derart vorzunehmen, daß die Zahl der Parallelklassen — insbesondere in der Sexta — in den gleichartigen Schulen tunlichst herabgemindert wird.

2. Deputatsverteilung.

- Die Deputate der Lehrer sind — von Ausnahmen abgesehen — an die Höchstgrenze heranzubringen, insbesondere in den kleineren Anstalten (auch Vorkursen).
- Stundendeputate unter 22 bzw. 26 Stunden können nur noch in ganz besonders begründeten Fällen genehmigt werden. Die Genehmigung ist schon vor Beginn der Osterferien für jeden Einzelfall einzuholen.
- Der Unterricht im Spielen und der für die Seminarität und technisch gebildeten Lehrer im allgemeinen vorgesehene Unterricht soll wissenschaftlich gebildeten Lehrern grundsätzlich nicht übertragen werden. Demgemäß ist dieser Unterricht bei Verteilung der Deputate für die wissenschaftlich gebildeten Lehrer zunächst nicht zu berücksichtigen. Sofern es kein volles Deputat für einen seminaritisch gebildeten Lehrer ergibt oder dessen Deputat übersteigt, ist er in etwa noch vorhandenen Reststunden der wissenschaftlich gebildeten Lehrer oder in besonders zu bezeichnenden Überstunden zu erteilen. Als Überstunden gelten nur solche Stunden, durch deren Erteilung das Höchststundenmaß überschritten wird.
- In den Deputatsverteilungen ist nur die Zahl der wirklich zu erteilenden Unterrichtsstunden aufzuführen. Die Bewältigung von Bibliotheken, physikalischen und chemischen Kabinetten und von sonstigen Lehrmittelsammlungen ist in dem Verteilungsplan zu erwähnen ohne Ansetzung einer bestimmten Stundenzahl dafür.
- Die Deputate der Anstaltsvorstände sollen an kleineren Anstalten nicht weniger als 14 Stunden betragen.

3. Unterricht.

- Sofern die Schülerzahl 30 nicht wesentlich überschritten wird, sollen in den Klassen in einzelnen Fächern, wie Latein, Griechisch, Französisch, Englisch die Schüler von Parallelabteilungen oder von Unter- und Oberprima tunlichst gemeinsam unterrichtet werden.
- Kombinationen in anderen Fächern und Klassen sind überall da durchzuführen, wo sie sich unterrichtlich verantworten lassen.
- Zu erlöschende Direktionen, nach Maßgabe der vorstehenden Grundzüge eine vorläufige Stundenverteilung unter Berücksichtigung der voraussichtlich zugehenden Seiten auf 1. März 1930 vorzulegen und dabei anzugeben, wieviele und welche Lehrkräfte gegebenenfalls entbehrlich werden.
- Über etwa nötige Änderungen, die sich durch die tatsächlich erfolgenden Zugänge an Seiten ergeben werden, wäre unmittelbar nach der Aufnahmeprüfung erneut zu berichten.

Haftung der Arbeitgeber für pünktliche Marktenklebung

Von zuständiger Seite erfahren wir, daß in letzter Zeit in verschiedenen Fällen Arbeitgeber dafür verantwortlich gemacht worden sind, daß infolge nicht rechtzeitiger Marktenklebung Verzögerungen in den Genuss der Jubiläumrenten gelangen konnten.

Die Haftung war für die betreffenden Arbeitgeber eine sehr spürbare, da von ihnen eine Verpflichtung in Höhe der Jubiläumrenten zur Zahlung übernommen werden mußte.

Diese Fälle dienen als Mahnung an die Arbeitgeber, ihrer Verpflichtung zur rechtzeitigen Marktenklebung pünktlich nachzukommen.

An der Handelshochschule Mannheim

beginnt das Sommersemester am 2. Mai. Das Vorlesungsverzeichnis ist schon erschienen und kann vom Sekretariat der Handelshochschule (Mannheim, C. 2. 1) gegen Voreinsendung von 30 Reichspfennig bezogen werden. Der Vorlesungsplan enthält eine Reihe neuer Vorlesungen; Sprachkurse sind vorgesehen für Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch und Russisch, ferner Kurse zur Pflege der deutschen Sprache. Betreffs der Einzelheiten sei auf das Vorlesungsverzeichnis selbst verwiesen.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Mannheim genehmigte den Neubau des Arbeitsamts auf dem Gelände der alten Dragonerbaracke mit einem Kostenaufwand von 900 000 M. In der Aussprache bemerkte Oberbürgermeister Dr. Heimerich, daß es an sich zweifellos ein großer Mißstand sei, wenn sich das Reich seine Gebäude von den Gemeinden bauen lasse. Wenn man sich dazu demnach bereitgefunden habe, so sei es nur mit Rücksicht darauf geschehen, daß ohne diesen Stadtrats- und Bürgerausschußbeschluss das Gebäude in absehbarer Zeit nicht gebaut werden könnte. Das wäre bedauerlich für die Beamten, wie für die Personen, die auf dem Amt zu tun haben, vor allem aber vom Standpunkt unseres Bauamtes aus. Ferner beschloß das Kollegium die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn auf 40 Pf für Strecken über neun Kilometer.

Die Kreisversammlung Billingen genehmigte den Hauptvoranschlag zusammen mit dem Kreispflegeanstalt Geisingen. Der Hauptvoranschlag bezeichnet Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 713 221 M. Die bisherige Umlage kann beibehalten werden. Der Voranschlag der Kreispflegeanstalt balanciert mit 167 150 M. Ferner wurde der Beitritt des Kreises zur Kreiszentrale Mannheim genehmigt. In der Debatte wurde vor allem die Überlassung eines Teils der Kraftfahrzeugsteuer an die Kreise verlangt.

Wohnungsbau in Karlsruhe

Debatten im Bürgerausschuß

Die Freilagung des Karlsruher Bürgerausschusses beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Vorlage über den Wohnungsbau 1930, wobei es zu einer sehr ausgiebigen Aussprache kam.

Die Stadt will weiter helfen durch Beschaffung von Bauhypotheken zu marktüblichen Zinsen und durch Übernahme von Bürgschaften für einen Teil des Baukapitals, außerdem durch Gewährung von Zinsbeihilfen, um das Baukapital zu verbilligen. Die Bauhypothek (zur Deckung der Restbaukosten nach Eigenkapital und 1. Hypothek) soll in der Regel den Betrag von 5500 M für eine Wohnung nicht überschreiten. Die Bürgschaft ist innerhalb der ersten 70 Proz. der Gesamtkosten zu beschränken. Die Zinsbeihilfen sind je nach der Größe der Wohnungen zu bemessen, dienen zur Verzinsung eines bestimmten fiktiven Kapitals (Förderungsbetrags), der normalerweise 10 000 M für die Wohnung nicht überschreiten darf, und dürfen bei kinderreichen Familien bis um 3 Proz. des Förderungsbetrags erhöht werden. Zur Verfügung gestellt werden bis zum 1. März 1932 2 Mill. Reichsmark, zur Hälfte Wirtschaftsmittel aus der Gebäudefördersteuer, zur Hälfte Kommunaldarlehen und Staatsmittel.

In der Begründung wird auf die Entspannung des Karlsruher Wohnungsmarktes hingewiesen. Wer im Monat im Stadtgebiet 100 M, in den Vororten 80 M aufwenden könne, könne jetzt jederzeit eine neue, wenn auch teurere Wohnung erhalten. Nur bei den Kleinwohnungen ist man noch weit von der Bedarfsdeckung entfernt, mindestens 800 fehlen, auch etwa der Jahresbedarf. Bis zum Herbst denkt man an die Fertigstellung von 450—500 Wohnungen.

Die Aussprache wurde von Bürgermeister Schneider mit langen Ausführungen eingeleitet. Er beschäftigte sich zunächst mit den Gerüchten und Behauptungen über den Dammertod. Dort soll die für die Normalfamilie zureichende und erschwingliche Wohnung verwirklicht werden. Durch rationellen Grundriss und Aufbau sollte an Bauaufwand gespart werden, aber nicht gespart werden in bezug auf Güte und Material und gute, wohliche Ausstattung. Das Wettbewerbsergebnis wurde gründlich bearbeitet, und der 1. Bauabschnitt mit 280 Wohnungen wurde durch drei gemeinnützige Bauvereinigungen ausgeführt. Die Mietzinsen in den Mehrfamilienhäusern liegen bei der Zweizimmerwohnung um 50 bis 100 M, bei den Einfamilienhäusern zwischen 70—100 M. Mehr als 50 Wohnungen (mit Aufschlagsmöglichkeit für 6 Betten) eignen sich für kinderreiche Familien. Die Ausstattung wurde allseits als Erfolg anerkannt. Auch das Deutsche Museum in München will in seiner Städtebauabteilung ein Modell aufstellen. Die Bewohner fühlen sich dort wohl und glücklich. Ob alle Hoffnungen und Erwartungen sich praktisch bestätigen werden, könne heute noch nicht entschieden werden. Ein endgültiges Urteil bedürfe noch weiterer gründlicher technischer und sachmännlicher Untersuchungen. Es werde sich dann zeigen, was an Erfolgen erzielt, was verbesserungsbedürftig und etwa falsch gemacht sei.

Man müsse sich doch darüber einig sein, daß das Ziel der erschwinglichen Gebrauchswohnung gut ist. Durch die mehr als voreilige und unachtsame Kritik, wie sie in den letzten Monaten mehr und mehr an Boden gewonnen hat, seien den Baugesellschaften bei der Vermietung der Wohnungen Schwierigkeiten entstanden. Es seien noch nicht mehr als zwei Drittel der Wohnungen vermietet. Es handle sich freilich um eine neue Siedlung außerhalb der Stadt, und die Wählerarbeit habe doch viele abgedreht. Kritik müsse sein, aber sie müsse auch sachlich und wahrhaftig bleiben. Es sei eine Lüge, daß man unvollständig gebaut habe. Er selbst mache aus dem flachen Dach absolut kein Prinzip, und man hätte auch das Schrägdach im Dammertod anwenden können. Dem Karlsruher Baugewerbe konnte es jedoch nur gut tun, wenn man weiß, daß auch hier das modernste sich feststellen läßt. Es handelte sich um eine technische, wirtschaftliche, auch ästhetische, um keine Weltanschauungsfrage. Wir müssen dem Wohnungsproblem auf den Grund gehen. Dem Gedanken der Gebrauchswohnung, ein Ziel, das nicht auf einmal erreicht werden kann, soll auch die heutige Vorlage dienen.

Im Verlauf der Aussprache äußerte sich Dr. Schneider auch noch über das Problem der kinderreichen Familien, wovon Karlsruhe etwa 8 Proz. habe. Weniger die Hauseigentümer als die anderen Mieter haben dieses Problem geschaffen. In der Vorlage wurde ein Höchstförderungsbeitrag von 10 000 Reichsmark vorgesehen, womit im Stadtwertbau eine Wohnung von 75 Quadratmeter erstellt werden kann, so daß also das ganze Baugelände Zinsbeihilfe erhält und die Verzinsung bis auf 1 1/2 Proz. heruntergedrückt werden kann. Es ist das allerding der äußerste Fall. Jeder kinderreiche, der ein einigermaßen normales Einkommen hat, kann sich dadurch selbst oder durch eine Genossenschaft eine eigene Wohnung erstellen. Dadurch kommt die Miete auf 50 M selbst in einem Neubau. Gebrauch wird davon nicht gemacht von denen, die auch das nicht können und anderen, die tatsächlich nicht mehr anlegen wollen als bisher. Man muß beim Wohnungsbau normale Verhältnisse, nicht solche der Not voraussetzen, die in das Kapitel Fürsorge fallen. Es gibt auch kinderreiche, die unordentlichem Haushalt und schlechter Kindererziehung, die auch Genossenschaften ablehnen müssen.

Für den Stadtvorstandsvorstand sprach dessen Obmann, Sigmund. Er wies darauf hin, daß 300 Wohnungen neu gebaut werden sollen, wie im vergangenen Jahr. Man hätte im vorigen Jahre die Arbeit auch besser verteilen müssen und dadurch Überstunden vermeiden können. Was den Dammertod anlangt, so solle jeder sich vor der Kritik einmal das ganze, auch innen, selbst ansehen. Die Wohnungen gerade in dem so verschrienen Laubenganghaus befriedigen ihre Bewohner durchaus. Sie haben Licht und Luft und Sonne, man vergleiche sie mit denen in den Hinterhäusern der Südstadt. Der Nachteil besteht zweifellos, daß die Mieten immer noch etwas hoch sind, sie sind immer aber noch billiger als gleich-eingerichtete Wohnungen in anderen Neubauten.

Von den Rednern der Parteien erklärte der Sozialdemokrat Eisele, daß die meisten Kritiker den Dammertod gar nicht gesehen hätten. Damit sei aber nicht gesagt, daß dort alles ohne Fehl und Makel sei. Für den Kleinwohnungsbau sei noch zu wenig getan. Die Billigkeit der Mieten sei das wichtigste, und in Frankfurt z. B. sei durch städt. Regiebau mehr erreicht worden als hier. Die Freigabe der Vier- und Fünzimmerwohnungen (über 1200 M) beruht auf einem Trugschluss. Die Nachfrage sei zurückgegangen, weil viele die Mieten nicht mehr aufbringen können.

Der liberale Redner Koch betonte die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung durch Bauen und verlangte Bevorzugung des hiesigen Handwerks. Schmechel (Zent.) unterstrich die Notwendigkeit der Beschaffung von Kleinwohnungen und der rechtzeitigen Vergabe der Arbeiten. Die Privaten hätten das gleiche Recht auf Unterstützung wie die Genossenschaften. Der Redner der Volkspartei, Siegrist, bezweifelte, daß der Wohnungsbedarf so groß sei wie behauptet werde. 100

Wohnungen liegen in Neubauten leer. Auch dieser Redner wandte sich wie seine Vorredner gegen die scharfe Kritik an der Dammertodbedingung. Technisch sei die Bauanlage vielleicht sogar zu gut, weil die Mieten dadurch zu teuer wurden. Dem Unternehmer der Schaffergilde auf dem Karlsruher Exerzierplatz solle man keine solchen Schwierigkeiten machen. Dem stimmte auch Stadtvorstandsvorstand Lang von der Wirtschaftlichen Ber. zu, der besonders für das Karlsruher Handwerk eintrat. Der Kommunist Bauer wandte sich gegen das Wohnungsbauprogramm und verlangte Sanierung der Altstadt. Der Demokrat Braun trat für die Vorteile des Dammertods ein.

Der Oberbürgermeister stellte noch fest, daß die Stadt an Zinsen für Baugelder 1 386 000 M einnehme, daß sie aber an Ausgaben für Zinsen 1 263 000 M habe, für Zinsbeihilfen 870 000 M. Von einem Zufluss von Zinsen könne also keine Rede sein.

Das Wohnungsbauprogramm wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Verschiedene vorliegende Anträge dienen als Anregungen.

Aus der Landeshauptstadt

Neue Badener Vereine. In Leipzig hat sich eine Vereinigung badischer Landleute gebildet. Damit ist die Zahl der Badener Vereine in Deutschland auf 52 gestiegen, die Zahl der Badener Vereine in aller Welt auf 107.

Fremdenmaskenball. Wir weisen nochmals auf den heutigen Fremdenmaskenball des Verkehrsvereins in der Festhalle hin.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. In ganz Baden dauert die wolkenlose Witterung an. Unter der kräftigen Einstrahlung liegen die Temperaturen in der Ebene bis 13 Grad an. Auch die Höhen des Schwarzwaldes erreichen beträchtliche Höchsttemperaturen (Feldberg +6 Grad). Dabei nimmt die Schneedecke nur langsam ab, so daß in den höheren Lagen noch immer beträchtliche Schneehöhen gemessen werden. Eine kräftige Nordmeereszirkulation hat den Hochdruck im Nordosten abgebaut, wir sind jedoch noch immer durch einen Hochdruck von der maritimen Strömung getrennt und werden die bisherige Hochdruckverlagerung im wesentlichen beibehalten. — **Wetterausichten:** Vorwiegend heiter, vorübergehend bewölkt, trocken bei stiller Luftzufuhr, tagsüber mild, nachts leichter Frost.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 4 eine Verordnung des Staatsministeriums betr. die Gebühren der Gesundheitsbedürftigen für amtliche Verordnungen.

D. J. Mannheim, 1. März. Frau Julie Bassermann, Tochter des Ehrenbürgers unserer Stadt Carl Badenung und Gattin des verstorbenen nationalliberalen Führers Ernst Bassermann, feiert am 2. März ihren 70. Geburtstag. Sie ist als eifrige Förderin der Fraueninteressen auf geistigem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete hervorgetreten und war von 1919 bis 1923 als volksparteiliche Stadtverordnete Mitglied des Mannheimer Bürgerausschusses. 1901 hat sie den Stadtbund Mannheimer Frauenorganisationen gegründet.

D. J. Weinheim a. d. Bergstraße, 1. März. Der Erbauer der WSC-Wachenburg, der einzigen eigenen Studentenbung Deutschlands, Architekt Prof. Arthur Wentow, Direktor der Höheren Landesbauschule in Darmstadt, tritt nach über 30jährigem Wirken infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Aus diesem Anlaß fand nach einer Begrüßung im Kapitelsaal ein Festkommers statt, zu dem sich das Lehrkollegium und die Studierenden, sowie die Alt-Genossenchaften aus Darmstadt, Mainz, Mannheim usw. eingefunden hatten.

D. J. Schwetzingen, 28. Febr. Heute nacht brannten der Maschinenraum und die Werkstätte des Zimmermeisters Jakob Schmitt sowie das benachbarte Anwesen des Händlers Ernst Gerwig nieder. In den Lager- und Werkstättenräumen befanden sich etwa vier Waggons trockenes Holz, das dem Feuer reiche Nahrung bot, gleich wie Heu im Gerwig'schen Schuppen. Mit den Gebäulichkeiten sind sämtliche Holzvorräte, Maschinen und Werkzeuge vernichtet worden. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

Handel und Wirtschaft

Metallhütte Dr. Dannenberg & Co., G. m. b. H. Die Gesellschaft teilt der „Frankf. Zig.“ mit, daß ihr Geschäftsführer, Herr Dr. Karl Dannenberg, die sämtlichen Geschäftsanteile übernommen hat, die bisher in den Händen der Firma Rosenfeld & Co., in Karlsruhe, sich befanden. Die Dr. Dannenberg & Co. hat auch das bisher der Firma Rosenfeld & Co. gehörige Grundstück in Karlsruhe, auf dem die Metallhütte betrieben wird, käuflich erworben. Eine Interessengemeinschaft mit Rosenfeld & Co. besteht nicht mehr. — Bei der Firma Rosenfeld & Co., Karlsruhe, ist der auf den 28. v. M. angesetzt gewesene Vergleichstermin auf den 24. März verlegt worden.

Über das Vermögen der Bauarbeitergenossenschaft Seidelberg und Umgebung, e. G. m. b. H., Seidelberg. Alte Güterbahnstraße 25, von deren Beteiligung am Universitätsneubau kürzlich im Zusammenhang mit ihren Zahlungsschwierigkeiten wiederholt in der Öffentlichkeit die Rede war, wurde der Konkurs eröffnet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel für Stadt und Bezirk Pforzheim.

Auf Grund des § 29 Absatz 2 des Badischen Polizeistrafgesetzbuchs wird die Anordnung des Bezirksamts und der Polizeidirektion Pforzheim vom 3. Februar 1930, wonach auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit §§ 29 und 30 des Polizeistrafgesetzbuchs und § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs Umzüge (auch mittels Fahrzeugen) sowie Versammlungen unter freiem Himmel in der Stadt Pforzheim sowie im Landbezirk Pforzheim bis auf weiteres verboten sind, hiermit erneuert. Sie bleibt hiernach unter Aufrechterhaltung der daselbst erlassenen Strafandrohung bis auf weiteres in Kraft.

Karlsruhe, den 28. Februar 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Würz
Deinen doch würz' ihn
richtig: nimm „Frankf“

Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft **Mülberger m. b. H.**
Kohlen — Koks — Briketts — Grude — Brennholz

Kontor:
Amalienstraße 25, Ecke Waldstraße
Telefon 244, 245, 1572

Gaststätten Zum Moninger Karlsruhe

Ecke Kaiser- und Karlstraße

Empfehlung

Wir beehren uns hiermit bekannt zu geben, daß wir mit dem heutigen Tage die

Gaststätten Zum Moninger

pachtweise übernommen haben

Es wird unser ganzes Bestreben sein, den sehr verehrten Gästen, durch besonders aufmerksame Bedienung, Darbietung nur allerbesten Speisen und Getränke zu angemessenen Preisen, einen recht angenehmen Aufenthalt im Haus Moninger zu bereiten.

Wir empfehlen uns ergebenst und bitten, unser Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen

Max Herrenknecht und Frau

Karlsruhe, den 1. März 1930

Fastnacht - Samstag, Sonntag, Montag und Dienstag in sämtlichen Räumen:

Fastnachts - Konzert

8.207

Betr. Jagdverpachtungen

Die meisten badischen Jäger sind abonniert auf „Der Deutsche Jäger“, München (älteste deutsche Jagdzeitschrift, offizielles Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Odenburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Neß-Offenburg, Rinzigtal, Bahr, Freiburg, Waldsuhl, Donaueschingen, Lörrach und Konstanz; Also das geeignete Anfindungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen. Probennummer kostenlos. Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer G.m.b.H., München C 2.

8.192

Handels-Hochschule Mannheim

Hochschule für Wirtschaftswissenschaften

Beginn des Sommer-Semesters: 2. Mai

Vorlesungsverzeichnis mit allen Mitteilungen für Studierende gegen Voreinsendung von 30 Rpf., Prüfungsordnungen und Promotionsordnung gegen 1 RM. vom Sekretariat, C 2. I.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr und folgende Tage

Der Stolz der 3. Kompagnie

Vorher der neueste Karnevalsschlager

Der lustige Witwer

mit dem sympathischen, beliebten Komiker

Wilhelm Millowitsch

Für die Karnevalszeit das richtige Programm

Lachen ohne Ende!

D.227. Karlsruhe. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Handelsvertreters Emil Ernst

Wohmann in Karlsruhe-Müppurr, Leberstr. 85, ist vom Kontursverwalter Buchereisfor Karl Nagel

in Karlsruhe, Antrag auf Einstellung des Kontursverfahrens mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gemäß § 204 Kontursordnung gestellt worden. Termin zur Anhörung über den Einstellungsantrag durch die Gläubigerversammlung wurde bestimmt auf: Freitag, den 28. März 1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 150.

Karlsruhe, 19. 2. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Rugholzversteigerung.

des bad. Forstamts Odenheim, Donnerstag, den 6. März 1930, vormittags 9½ Uhr, im „Engel“ in Odenheim: 200 Eichen, I. bis V. Kl., 16 Rotbuchen, II. bis IV. Kl., 8 Hainbuchen, IV. Kl., 7 Föhren, I. bis III. Kl., 2 Erlen u. 1 Esch, IV. Kl. Näheres durch das Forstamt. D.229

Rheinische Hypothekbank in Mannheim.

Wir laden die Herren Aktionäre zur 68. ordentlichen Generalversammlung auf

Donnerstag, den 27. März 1930, vormittags 11½ Uhr, in das Gebäude der Rheinischen Hypothekbank, A 2, 1, hier ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; Vorlage der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung. Beschluß hierüber und über die Gewinnverteilung. § 201
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Aufsichtsratswahlen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Aktionär, zur Stimmabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am sechsten Tage vor der Generalversammlung — mithin spätestens am 21. März d. J. — entweder bei einem Notar nach Maßgabe der Vorschriften unserer Satzungen oder

- bei der Gesellschaftskasse,
- bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft in Berlin, sowie deren Filialen Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Stuttgart,
- bei der Badischen Bank in Mannheim und Karlsruhe,
- bei der Commerz- und Privat-Bank AG. in Berlin, sowie deren Filialen Frankfurt a. M. und Mannheim,
- bei der Darmstädter- und Nationalbank A. a. A. in Berlin, sowie deren Filialen in Frankfurt a. M., Karlsruhe und Mannheim,
- bei der Dresdner Bank in Berlin, sowie deren Filialen Frankfurt a. M. und Mannheim,
- bei dem Bankhaus J. Dreyfus & Co. in Berlin und Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhaus Lazard Speyer-Elissen A. a. A. in Berlin und Frankfurt a. M.,

ferner

- in Berlin: bei dem Bankhaus S. Bleichröder, bei dem Bankhaus Hardt & Co., G. m. b. H.,
- in Frankfurt a. M.: bei der Deutschen Effekten- und Wechselbank, bei der Frankfurter Hypothekbank,
- in Hamburg: bei dem Bankhaus L. Behrens & Söhne, bei dem Bankhaus Mühlmeier & Co., bei dem Bankhaus M. M. Warburg & Co.,
- in Karlsruhe: bei dem Bankhaus Veit L. Homburger, bei dem Bankhaus Strauß & Co.,
- in Nürnberg: bei dem Bankhaus Anton Kahn

und bei den Effekten-Giro-Banken eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes für die Mitglieder des Effekten-Giro-Verkehrs gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen. Je 100 M Nennwert der Stammaktien haben eine Stimme. Das Stimmrecht kann auch vertretungsweise durch einen anderen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Aktionär ausgeübt werden. Die in § 203 des Handelsgesetzbuches bezeichneten Vorlagen liegen während der daselbst genannten Frist in unserem Geschäftslokale zur Einsicht der Aktionäre bereit.

Mannheim, den 28. Februar 1930.

8.201

Rheinische Hypothekbank.



Als höchst zweckmäßige Sonderwagen, wie als normal 3½- und 5-Tonner, steigern ständig ihren Absatz. Jede Fluskkunft gerne von M.A.N. Lastwagenbüro Mannheim

Kaiserring 42/44. Fernruf 41560
Zweigbüro, Werkstatt und Ersatzteillager
Neustadt-Hdt., Landauer Str. 50
Fernruf 3009

Schenkt Bücher! Wissen gibt Macht!

Bekanntmachung.

Wir weisen darauf hin, daß die Mitglieder des unterzeichneten Verbandes Aufträge nur auf Grund der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Güterbestätter und Fuhrunternehmer von Baden und der Pfalz“ übernehmen. Diese Geschäftsbedingungen liegen auf der Geschäftsstelle des unterzeichneten Verbandes in Mannheim, Fulla-

straße 23, zur Einsichtnahme auf und können außerdem von denselben, sowie von unseren Mitgliedern bezogen werden

Mannheim, Februar 1930.

Arbeitgeberverband für das Badische und Pfälzische Transport- u. Verkehrsgewerbe E. W. Stg Mannheim.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landestheater

Sonntag, 2. März 1930
Nachmittags
Außer Miete

Fastnachtcabarett

Künstlerische Leitung:

Dr. Waag

Dirigenten:

Krips, Schwarz, Steilberth, Stern.

Einstudierung der Tänze:

Fürstenau.

Mitwirkende:

Das ganze Personal.

Anfang 15 Ende 18¼

I. Rang und I. Speerfisch

8 R.

Abends:

Außer Miete

Fastnachtcabarett

Anfang 19¼ Ende 22¼

I. Rang und I. Speerfisch

9 R.

Montag, 3. März 1930

Außer Miete

Fastnachtcabarett

Anfang 19¼ Ende 22¼

I. Rang und I. Speerfisch

9 R.

Dienstag, 4. März:

Fastnachtcabarett.

Für den Neubau des Studentenhauses für die Technische Hochschule in Karlsruhe sind öffentlich zu vergeben: Platten- und Fliesenbeläge, rd. 1800 qm Boden-, 200 qm Wandplatten; Estrich- und Kieselemente: rd. 2400 qm, Holzfußböden: rd. 500 qm Parkett, 180 qm lamin. Nieren. Schreinerarbeiten, rd. 200 Türen, Einbauschränke usw., Schlosserarbeiten: Anschlag der Türen u. rd. 3500 kg Gebläse, Gitter usw., feuerfeste Türen, 8 Stück, Kieselemente: rd. 2000 qm, Malerarbeiten: rd. 10 080 qm Kalk- und Keimfarbe, 5000 qm Alufarbanstrich.

Einsicht in die Unterlagen und Abgabe der Angebotsordnungen unentgeltlich beim Baubüro des Studentenhauses, Finanzministerium, Schloßplatz 3, Zimmer 191, vom 3. März 1930 an. D.221

Angebote verschlossen u. postfrei mit entsprechender Aufschrift an das Baubüro des Studentenhauses bis zur Eröffnung am Donnerstag, den 20. März 1930, 10 Uhr vorm.

Zuschlagserteilung innerhalb 8 Wochen.

Karlsruhe, 26. 2. 1930. Der Baureferent des Finanzministeriums.

D.225. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Handels- u. Gewerbetreibenden W. G. in Karlsruhe, Friedrichsplatz wurde nach erfolgter Bestätigung d. Vergleichs aufgehoben. Das bei Eröffnung des Vergleichsverfahrens erlassene Veräußerungsverbot verliert für die Zukunft seine Kraft.

Karlsruhe, 27. 2. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 3.